12.03.2008

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg, Christine Kamm, Renate Ackermann, Ulrike Gote, Dr. Martin Runge, Christine Stahl, Simone Tolle und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/9616, 15/10029

Bericht zur Verwendung von durch Rechtsextreme veröffentlichten Daten durch die bayerische Polizei

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit über die Verwendung von Informationen durch Polizei und Staatsanwaltschaften, die zuvor von Rechtsextremen erlangt, verwendet und veröffentlicht worden sind, zu berichten.

Insbesondere ist dabei auf die folgenden Fragen einzugehen:

- 1. Trifft es zu, dass die Nürnberger Polizeikommission West in Zusammenarbeit mit der Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei einer Zeugin Fotos von Personen vorgelegt hat, die die Polizei zuvor auf der rechtsextremen Internetseite "Anti-Antifa.net" gefunden hatte?
- 2. Trifft es zu, dass die Verwendung von Fotos, die zuvor Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten illegal erstellt, erhalten und veröffentlicht haben, durch die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden gängige Praxis ist?
- 3. Ist es möglich, dass Beamte oder Angestellte öffentlicher Stellen die genannte Internetseite mit Informationen unterstützen? Welche Konsequenzen hätte ein solches Verhalten für die Betroffenen?
- 4. Teilt die Staatsregierung die Rechtsauffassung, dass die Strafverfolgungsbehörden berechtigt oder sogar verpflichtet seien, illegal hergestellte und veröffentlichte Informationen zur Strafverfolgung zu nutzen?
- 5. Geht die Polizei dagegen vor, wenn bei rechtsextremen Demonstrationen Neonazis ihre Gegnerinnen und Gegner gezielt fotografieren?
- 6. Welche Maßnahmen ergreift die Polizei um zu verhindern, dass rechtsextreme Gruppierungen in illegaler Weise Fotos von Privatpersonen veröffentlichen, um diese einzuschüchtern?

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident